

© **SonntagsZeitung; 2. Oktober 2016**

Ausgaben-Nr. Seite 8
Schweiz


swissdox.ch

Bund spart auf Kosten von Behinderten und Rassismuskampfern

Der Bundesrat kürzt eidgenössischen Fachstellen Gelder für Behindertengleichstellung und Rassismuskampfung. Politiker und Experten sind empört

Bern Der Bundesrat spart bei den Schwächsten. Geht es nach der Regierung, sollen 2017 deutlich weniger Mittel für die Behindertengleichstellung und die Rassismuskampfung zur Verfügung stehen.

Betroffen sind das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB), die Fachstelle für Rassismuskampfung (FRB) und die Kommission gegen Rassismus (EKR). Deren Budgets sollen 2017 um insgesamt 120 000 Franken gekürzt werden. Zusätzlich werden befristete Stellen nicht mehr neu besetzt, was Einsparungen von weiteren 250 000 Franken gleich kommt.

Das Behinderten-Gleichstellungsbüro verliert fast ein Drittel der Stellen

Angesichts der ohnehin schon beschränkten Mittel fallen die Massnahmen ins Gewicht: Sie machen mehr als 10 Prozent des Gesamtbudgets aus. Am härtesten trifft es die Rassismuskampfung. Die FRB, die weniger als 400 Stellenprozente zur Verfügung hat, muss im kommenden Jahr 66 000 Franken einsparen. Das Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen muss mit 42 000 Franken weniger auskommen, von den bisherigen 520 Stellenprozenten fallen zudem 160 Prozent weg. Der Rassismuskommision streicht die Regierung 12 000 Franken.

Grund für die Einschnitte ist das Stabilisierungsprogramm des Bundes. Dieses sieht in den Jahren 2017 bis 2019 jährliche Entlastungen des Haushaltes von rund einer Milliarde Franken vor – in allen Bereichen.

Die Verantwortlichen bei den betroffenen Stellen äussern sich nicht zu den bundesrätlichen Sparbefehlen. Sie verweisen ans Innendepartement. Dort heisst es, die Massnahmen würden vor allem die Beratungskredite betreffen. Bisher wahrgenommene Aufgaben könnten «ohne grössere Einschränkungen» weiterhin erfüllt werden, sagt Sprecher Markus Binder. «Bei den Kürzungen wurde die besondere Situation dieser kleinen Einheiten berücksichtigt.»

Die Kürzungen widersprechen der Unterzeichnung der UNO-Konvention

CVP-Nationalrat Christian Lohr sieht das anders. Er ist selbst seit Geburt auf einen Rollstuhl angewiesen. «Mit dem Einsatz des Rotstifts nimmt man den Betroffenen Perspektiven.» Die Schweiz habe sich erst gerade zur Umsetzung der UNO-Behindertenkonvention verpflichtet. Deren Ziel ist die verstärkte Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen. «Der Bundesrat geht hier ganz klar einen falschen Weg», sagt Lohr.

Alex Sutter von der Menschenrechtsorganisation humanrights.ch findet die Kürzungen «skandalös». Sie würden in eine Zeit fallen, in der «der Schutz vor Diskriminierung zu einer immer dringlicheren Aufgabe unserer Gesellschaft wird».

Das letzte Wort hat das Parlament. In der kommenden Wintersession wird der Nationalrat den Budgetvoranschlag für das Jahr 2017 beraten. Für hitzige Debatten dürften aber andere Kredite sorgen – insbesondere im Bereich Landwirtschaft, Bildung und Migration. Dort geht es um Millionenbeträge. Für die darauf folgenden Jahre hat die Regierung bereits weitere Sparmassnahmen angekündigt. **Fabian Eberhard**

Behindertenparkplatz: Minime Budgets werden weiter gekürzt Foto: Keyston